

Briefing

Parlamentswahlen in Albanien

11. Mai 2025

Péter Techet

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, IDM

46,32%

Wahlbeteiligung (2021)

26

Antretende Listen

140

Parlamentssitze

Wahlsystem

Am 11. Mai 2025 finden die Parlamentswahlen in Albanien statt. Alle Staatsbürgerinnen über 18 Jahre haben das aktive und passive Wahlrecht. Seit 2022 haben auch die im Ausland lebenden Albaner*innen – nach einem Urteil des Verfassungsgerichtes – das Recht, per Briefwahl an den Parlamentswahlen teilzunehmen, sofern ihre Registrierung von der Wahlbehörde angenommen wird. Bisher registrierten sich mehr als 360.000 Auslandsalbaner*innen, die meisten aus Italien und Griechenland (aus Österreich gibt es mehr als 1.300 registrierte Wähler*innen).

Das albanische Parlament (Kuvendi) besteht aus einer Kammer und hat 140 Sitze. Diese werden nach dem Verhältniswahlrecht in zwölf regionalen Wahlkreisen unter den Parteien verteilt, die mindestens 3 Prozent der Stimmen in allen Wahlkreisen erreichen. Die Parteien treten in den Wahlkreisen mit eigenen Listen an. Als Folge einer Wahlrechtsreform von 2022 wurde die Möglichkeit eingeführt, Präferenzstimmen innerhalb einer Parteiliste abzugeben – allerdings nur für Kandidat*innen im unteren Zweidrittel der Liste, das obere Drittel der Liste bleibt geschlossen.

Das aktuelle Verhältniswahlsystem wurde 2008 eingeführt. Zuvor bestand das Wahlrecht aus einer Kombination von Mehrheits- und

Verhältniswahlrecht: 100 Sitze wurden in Einzelwahlkreisen vergeben, während 40 Sitze unter den angetretenen Listen verteilt wurden. Die Sperrklausel für den Einzug ins Parlament lag bei 2,5 Prozent. Die Änderung dieses Systems kam insbesondere den beiden großen Parteien, den Sozialisten (PS) und den Demokraten (PD), zugute.

Das derzeitige Wahlrecht steht häufig in der Kritik, da es einen vermeintlich politischen Einfluss auf die unteren Wahlbehörden weiterhin ermöglicht. Aus diesem Grund erwog die rechtskonservative Demokratische Partei (PD) 2017 zunächst sogar, die Parlamentswahlen zu boykottieren; der damalige Konflikt konnte aber dann durch Kompromisse zwischen den zwei großen Parteien gelöst werden.

Parteienlandschaft

Die politische Landschaft Albaniens wird seit dem Systemwechsel von 1990/1991 maßgeblich von zwei großen Parteien geprägt: der Sozialistischen Partei (PS) und der Demokratischen Partei (PD).

Die Sozialistische Partei (PS) ging aus der ehemaligen kommunistischen Staatspartei hervor und gewann noch unter dem alten Namen Arbeiterpartei (PP) die ersten freien Parlamentswahlen 1991.

Der ehemalige kommunistische Politiker Fatos Nano war Vorsitzender der Partei bis 2005. Während der sozialistischen Regierungszeit (1997–2005) wechselten sich mehrere Ministerpräsidenten im Amt (Bashkim Fino, Pandeli Majko, Ilir Meta). 2005 übernahm Edi Rama, der damalige Bürgermeister von Tirana, die Führung der PS und versuchte sie in eine linksliberale, progressive Kraft zu entwickeln. Seit 2013 ist Rama auch Ministerpräsident und strebt bei den heurigen Wahlen eine vierte Amtszeit an.

Der Hauptgegner der Sozialistischen Partei ist die rechtskonservative Demokratische Partei (PD) des früheren Kardiologenprofessors Sali Berisha, der sich seit 1992 als antikommunistische Alternative gegenüber der postkommunistischen Nachfolgerpartei positioniert, wenn auch Berisha selbst Mitglied der früheren Staatspartei war.

Die PD war bis 2013 von Berisha geführt, der zwischen 1992 und 1997, dann zwischen 2005 und 2013 den Ministerpräsidentenposten innehatte. Nachdem die USA 2021 gegen ihn und einige seiner Familienangehörigen Sanktionen eingeführt hatten, schloss der damalige Parteivorsitzende Lulzim Basha den Parteigründer Berisha zuerst aus der Partei aus. Das Berisha-Lager erkannte die Entscheidung nicht an und beanspruchte für sich den Namen und die Symbole der Demokratischen Partei. Die Streitigkeit wurde letztendlich von einem Gericht zugunsten des Berisha-Lagers entschieden, das die Demokratische Partei vom Basha-Lager übernehmen konnte. Basha tritt daher mit einer eigenen Kleinpartei, den Euroatlantischen Demokraten (DEA) bei den Wahlen an.

Parlamentswahlen	Sozialistische Partei	Demokratische Partei
2013	41,4 %	31,8 %
2017	48,5 %	29,1 %
2021	48,7 %	39,4 %

Im Gegensatz zu anderen südosteuropäischen Ländern ist die Parteienlandschaft in Albanien nicht sonderlich zersplittert. Die kleineren Parteien hatten auch bei den vorherigen Wahlen wenig Bedeutung. Seit 2005 konnte etwa die vom früheren sozialistischen Minister- und Staatspräsidenten, Ilir Meta gegründete Sozialistische Bewegung für Integration (LSI) in das Parlament einziehen; die Partei tritt dieses Jahr, unter dem neuen Namen Freiheitspartei (PL), als Teil der Koalition um die Demokratische Partei (PD) an.

Herausforderungen in Außen- und Innenpolitik

Die jetzige Legislaturperiode (2021–2025) war in Albanien von außenpolitischen Erfolgen, wie dem offiziellen Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen, zugleich von tiefen innenpolitischen Spannungen geprägt.

Albanien reichte 2009 das Beitrittsge such bei der Europäischen Union ein, das Land wurde dann 2014 als offizieller Beitrittskandidat anerkannt. Die Beitrittsverhandlungen wurden in der jetzigen

Legislaturperiode, am 19. Juli 2022 aufgenommen und die ersten Kapitel des Beitrittsverfahrens wurden am 15. Oktober 2024 geöffnet. Dazu gehören auch die Kapitel über das Justiz- und Rechtswesen, bei denen die Europäische Union noch weitgehende Reformbedarf sieht. Der letzte Jahresbericht der Europäischen Kommission über Albanien formulierte Kritik auch bezüglich des Demokratiezustandes – vor allem wegen der äußerst polarisierten Lage und der schwachen Kompetenzen der Legislative in der Exekutivkontrolle.

Die Integration in die Europäische Union gilt für die zwei großen Parteien als außenpolitisches Hauptziel. Es gibt keine nennenswerte EU-kritische Partei in Albanien, die europäische Integration genießt auch in der Gesellschaft eine hohe Unterstützung: Nach einer Umfrage des International Republican Institute (IRI) von 2024 würden mehr als 90 Prozent der Albaner*innen zu einem EU-Beitritt Ja sagen, was der höchste Wert unter allen westbalkanischen Ländern ist.

Die innenpolitische Polarisierung wird aber seitens der Europäischen Union als Problem auch für die europäische Integration wahrgenommen. Das Verhältnis zwischen den zwei großen Parteien ist äußerst verfeindet, Konflikte werden oft außerparlamentarisch, durch teilweise gewaltsame Demonstrationen ausgetragen.

Die Sympathisant*innen von Sali Berisha versuchten im Jänner 2022 gewaltsam den Hauptsitz der Demokratischen Partei vom damaligen Parteichef Basha „zurückzuerobern“. Sie gingen auf die Straßen auch gegen Ministerpräsidenten Rama, weil sie die Sozialistische Partei hinter den US-Sanktionen gegen Berisha vermuteten.

Beide großen Parteien wurden in der jetzigen Legislaturperiode mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Berisha wurde 2024 für einige Monate sogar in Hausarrest genommen, er wurde letztendlich aber freigelassen, weswegen er an den Wahlen – im Gegensatz zum seit Herbst 2024 ebenso inhaftierten Ilir Meta – teilnehmen kann.

Wegen der Ermittlungen gegen Berisha gingen Tausende auf die Straße in Tirana im Sommer und Herbst 2024: Die Kundgebungen verliefen gewalttätig, die Demonstrant*innen griffen Polizist*innen sowie den Hauptsitz der regierenden Sozialistischen Partei (PS) an, der sie Beeinflussung der Justiz vorwerfen.

Allerdings ging die Korruptionssonderstaatsanwaltschaft (SPAK) auch gegen Politiker der Sozialistischen Partei (PS) vor. In dieser Legislaturperiode wurden mehrere (ehemalige) Minister, etwa Ex-Umweltminister Lefter Koka, Ex-Innenminister Saimir Tahiri oder Ex-Finanzminister Arben Ahmetaj wegen Korruption, Bestechung oder Drogenhandels angeklagt oder auch verhaftet. Im Februar 2025 wurde auch der sozialistische Bürgermeister von Tirana, Erion Veliaj wegen Korruption festgenommen. Ministerpräsident Rama reagierte darauf mit scharfer Kritik an der Justiz; der Hohe Justizrat Albaniens (als oberstes Selbstverwaltungsorgan des Gerichtswesens) sprach über „Einschüchterungen seitens der Macht“. Auch die Opposition lehnt die Ermittlungen ab: Berisha versprach, im Falle eines Wahlsieges seiner Demokratischen Partei die Korruptionssonderstaatsanwaltschaft, die auch gegen ihn ermittelt, auflösen zu wollen.

Sowohl innen- als auch außenpolitisch sorgt Tiranas Zusammenarbeit mit Italien in der Migrationspolitik für Kontroversen. Die italienische Regierung von Giorgia Meloni lässt nämlich in Albanien Auffanglager für Geflüchtete einrichten. Während italienische Gerichte dieses Modell mehrmals für rechtswidrig erklärten und die Rückführung der nach Albanien übersiedelten Geflüchteten anordneten, erachtete das albanische Verfassungsgericht die Verträge mit Rom, die dem italienischen Staat extraterritoriale Kompetenzen in Albanien einräumen, für verfassungsmäßig, weil das albanische Recht in den Aufnahmezentren weiterhin zur Anwendung käme. Berisha kündigte jedoch im Wahlkampf an, die diesbezügliche Kooperation mit Rom – jedenfalls erst nach Ablauf der jetzigen Verträge in fünf Jahren – nicht mehr verlängern zu wollen.

Aussichten und Umfragewerte

Die zwei großen Parteien treten als Koalitionen an: Die Sozialistische Partei (PS) hat auf ihrer Liste Kandidat*innen einer mazedonischen Minderheitenpartei (AMIE/MAEI); und die Demokratische Partei (PD) bildet – unter dem Namen „Allianz für Großalbanien“ – ein Bündnis aus 25 Parteien.

Unter den anderen Parteien haben vor allem diejenigen eine Chance auf einen Einzug in das Parlament, die im Zuge der früheren Universitäts- und Anti-Korruptions-Protesten entstanden sind. In der Koalition „Initiative – Albanien wird“ (NSB) schlossen sich drei Parteien zusammen: die Anti-Korruptions-Bewegung „Hashtag-Initiative“ (NT), die „Albanien wird“-Bewegung (LSHB), die sich für mehr Bürger*inbeteiligung und Basisdemokratie einsetzen, und die sozialistische Liga für Rechte der albanischen Arbeiterschaft (LDPSH). Aus den Protesten gegen Berishas und Ramas Universitätsreformen ging die linksradikale Partei „Zusammen“ (LB) hervor, die in das neue Parlament vielleicht ebenso einziehen kann.

Als dritte Liste hat noch die Partei „Möglichkeit“ (PM), eine Abspaltung der Demokratischen Partei (PD), eine Chance, im neuen Parlament vertreten zu sein. Diese Partei thematisiert ebenso das Problem mit der weitverbreiteten Korruption. Auf einen Einzug in das Parlament haben hingegen die Sozialdemokratische Partei (PSD) und die Euroatlantischen Demokraten (DEA), die neue Partei des vorherigen Vorsitzenden der Demokratischen Partei, weniger Chancen.

Die Umfragen sind in Albanien traditionell wenig verlässlich. Es zeichnet sich aber ein neuer Wahlsieg für Ramas Sozialistische Partei (PS) ab, die voraussichtlich ohne Koalitionspartner eine vierte Regierungszeit antreten kann. Ramas voraussichtlicher Sieg lässt sich mit seiner Klientelpolitik und starken Kontrolle in der Gesellschaft wie auch mit der Unbeliebtheit vom Herausforderer Berisha erklären. Rama kann sich aber zugleich in seiner autoritären Politik gegenüber der Justiz und der Opposition bestätigt fühlen, was den weiteren EU-Integrationsprozess gefährden kann.

Liste	Listenführer	Ideologie	Umfrage (April 2025)
Sozialistische Partei (PS)	Edi Rama	sozialdemokratisch	46,5 – 50,0 %
Allianz für Großalbanien / Demokratische Partei (PD)	Sali Berisha	rechtskonservativ, rechtsnationalistisch	35,0 – 39,0 %
Initiative – Albanien wird (NSB)	Adriatik Lapaj	liberal, zentristisch	6,5 – 8,5 %
Möglichkeit (PM)	Agron Shehaj	rechtsliberal	2,0 – 4,0 %
Sozialdemokratische Partei (PSD)	Tom Doshi	sozialdemokratisch	1,0 – 3,0 %
Zusammen (LB)	Arlind Qori	linksradikal	0,5 – 2,5 %
Euroatlantische Demokraten (DEA)	Lulzim Basha / Endri Hasa	rechtsliberal	0,5 – 1,0 %